



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonabend, den 2. März 1889.

Nr. 103.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

24. Plenarsitzung vom 1. März.

Präsident v. Koller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Scholz, v. Gopler und Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Plenarsitzung der Novelle zum Volksschul-Lasengesetz.

Die Novelle ist bekanntlich dazu bestimmt, die durch das Volksschul-Lasengesetz angeordnete Erleichterung der Volksschullasten dergestalt zu ergänzen, daß der Druck dieser Lasten da, wo derselbe die breiten Schichten der Bevölkerung trifft, thunlichst beseitigt werde. Dieses Ziel soll durch eine ausgiebige Steigerung des Staatsbeitrages zu dem Dienstentkommen der allein stehenden und ersten Lehrer erreicht werden und die Vorlage hat dasselbe im § 1 vorgeschlagen, daß für die Stelle 1) eines ersten ordentlichen Lehrers 500 Mark, 2) eines anderen ordentlichen Lehrers 300 Mark als Staatsbeitrag gezahlt werden.

Diesem Vorschlage gegenüber hat die Kommission vorgeschlagen, daß als Staatsbeitrag zu dem Dienstentkommen der Lehrer und Lehrerinnen für die Stelle 1) eines allein stehenden, sowie eines ersten ordentlichen Lehrers 450 Mark; 2) eines anderen ordentlichen Lehrers 350 Mark und einer ordentlichen Lehrerin 250 Mark, 3) eines Hilfslehrers und einer Hilfslehrerin 100 Mark gezahlt werden.

Zu dem Vorschlage der Regierung beantragt Abg. v. Zedlitz-Neukirch (freil.) ad 1) einen Zuschuß von 470 Mark und außerdem für eine ordentliche Lehrerin 150 Mark; während Abg. v. Holz (konf.) die Vorlage soweit wiederherstellen will, daß der Lehrer ad 1) einen Zuschuß von 500 Mark; ad 2) 300 Mark erhalten soll.

Bei Beginn der Beratung ergreift das Wort Finanzminister v. Scholz. Den Gesichtspunkten, von welchen die Regierung in ihrer Vorlage ausgegangen ist, hat die Kommission nicht Rechnung getragen und ihre Vorschläge, selbst wenn sie auf tatsächlichen Voraussetzungen beruhten, geben zu den ernstesten Bedenken Veranlassung. Die Staatsregierung hatte zweifellos nicht entfernt die Absicht, mit der jetzigen Gesetzesvorlage eine Korrektur des Volksschul-Lasengesetzes vom 14. Juni v. J. vorzunehmen. Dasselbe ist durch Nachgiebigkeit von allen Seiten zu Stande gebracht; es wäre deshalb nicht weise gehandelt, wollte man nach 9 Monaten schon wieder eine Korrektur desselben vornehmen. Das Gesetz ist nicht ergangen zur Aufhebung des Schulgeldes, sondern zur Erleichterung der Volksschullasten und diese Erleichterung soll in Folge der gegenwärtigen günstigen Finanzlage erweitert werden und dies kann nur geschehen durch Erhaltung des Unterbaues des Gesetzes. Was die Kommission vorschlägt, ist eine Korrektur des Gesetzes vom vorigen Jahre und zu einer solchen ist die Regierung nicht bereit. Die Kommissions-Vorschläge begünstigen, durch Herabsetzung des Zuschusses für Schulen mit nur einem Lehrer und durch Erhöhung des Zuschusses für Schulen mit mehreren Lehrern, die Gemeinden mit entwidelterem Schulwesen, die Kommission begünstigt somit 11,000 Schulen gegen 23,000 Schulen, welche nur einen Lehrer haben. Darin liegt eine Begünstigung der Städte vor dem platten Lande und diese ist ungerechtfertigt. An einer solchen Korrektur des vorjährigen Gesetzes arbeitet die Regierung nicht mit und empfehle ich daher die Annahme der Vorschläge der Regierung. (Beifall rechts.)

Abg. v. Holz befürwortet seinen Antrag. Gerade die Gemeinden mit nur einem Lehrer sind die ärmsten, in deren Interesse man den Zuschuß von 500 Mark für den ersten Lehrer nicht auf den von der Kommission beschlossenen Satz herabsenken darf. Die Vorschläge der Kommission widersprechen den Intentionen des vorjährigen Gesetzes.

Abg. Seyffardt-Magdeburg (natlib.): Ein Theil des Hauses ist keineswegs im vorigen Jahre der Ansicht gewesen, daß die damaligen endgültigen Beschlüsse den Intentionen und Wünschen der Majorität entsprächen. Gegenwärtig hat die Kommission die Zuschüsse nur nach

den vorjährigen Intentionen geregelt. Das Haus hat damals erklärt, daß die Lehrerinnen nicht vergessen werden dürfen. Was die Kommission vorschlägt, ist also nicht ein Umsturz des Gedankens des Gesetzes, sondern nur eine Wiederherstellung der Anschauungen, die damals im Hause die Majorität erhalten haben. Im vorigen Jahre hat sich die Majorität nur dem Zwange der Umstände gefügt, nachdem das Herrenhaus die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses umgestoßen hatte. Die Vorschläge der Kommission wollen nichts weiter, als die Herstellung der ausgleichenden Gerechtigkeit und empfehle ich die Annahme derselben.

Abg. Schnatzmeier (konf.) tritt für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein und zwar ebenfalls im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit, die er in den Vorschlägen der Kommission nicht finden kann. Berlin zum Beispiel erhebe nur 100 pCt. Zuschlag als Kommunal-Einkommensteuer; viel schlimmer seien die Verhältnisse auf dem platten Lande. Dieses werde durch die Kommissionsvorschläge geschädigt; man möge nur hinausgehen und sehen, wie der Bauer schwitzen und häufig zufrieden sein müsse mit Wasser und Brod.

Abg. Dr. Brühl (evangelischer Hospitant des Zentrums) befürwortet die Beschlüsse der Kommission, wenn dieselben auch eine Korrektur des vorjährigen Gesetzes vornehmen. Diese Vorschläge ändern an der Gesamtsumme nichts, sie verteilen nur die Zuschüsse so, wie es ihrer Ansicht nach im Interesse der Gerechtigkeit liegt.

Abg. Wessel (freil.): Es liegt besondere Veranlassung in der gegenwärtigen Zeit vor, die Landgemeinden besonders zu berücksichtigen, wie es durch die Regierungsvorlage geschieht. Die Lasten auf dem Lande wachsen und werden immer drückender, der Kampf um das Dasein in den einzelnen Landgemeinden wird von Jahr zu Jahr schwerer, und empfehle ich daher die Annahme des Amendements v. Holz.

Abg. v. Dörzen-Züterbog (freil.) empfiehlt die Annahme des Antrages v. Zedlitz, durch welchen an den Grundlagen des Volksschul-Lasengesetzes nicht gerüttelt, wohl aber der Leistungsfähigkeit der Gemeinden Rechnung getragen werde.

Finanzminister v. Scholz: Der Begriff der Leistungsfähigkeit der Gemeinden ist etwas, was sowohl dem vorjährigen Gesetze, als auch der gegenwärtigen Vorlage absolut abgeht. Wie könnten wir denn der Stadt Berlin überhaupt einen Pfennig geben auf Grund des Begriffes der Leistungsfähigkeit? Die Untersuchung darüber hätte jahrelang dauern müssen. Es handelt sich darum, daß überall im Lande der Druck der Kommunal- und Schullasten unangenehm empfunden wird. Wir haben den Lehrer zum Maßstab für die Vertheilung der Ueberschüsse gemacht.

Abg. Kiderer (Deutschfr.): Die Aufhebung des Schulgeldes war für einen großen Theil der Mitglieder des Hauses die Hauptsache bei der Zustimmung zu dem vorjährigen Gesetz, und dieser Gedanke ist auch wohl die ursprüngliche Veranlassung zu dem vorjährigen Gesetze gewesen. Welches ist denn aber das Prinzip, welches in dem vorjährigen Gesetz aufgestellt ist? Die Regierung selbst hat die Ziffern ihres eigenen Entwurfs korrigiert, und wenn die Regierung etwas korrigiert, so korrigieren wir noch ein bißchen mehr. Das ist kein Abweichen von dem früheren Gesetze. Wir werden für die Vorschläge der Kommission stimmen, weil die guten Gründe und das Bedürfnis auf ihrer Seite stehen und weil sie auch im Interesse der Entwidlung unseres Schulwesens liegen.

Kultusminister v. Gopler: Ich möchte die Vorschläge der Regierung den Ausführungen des Vorredners gegenüber in Schutz nehmen. Die Vorschläge der Kommission benachtheiligen 23,000 Schulen mit nur einem Lehrer zu Gunsten von wenigen tausend Schulen mit mehreren Lehrern. Zweieinhalb Million Kinder müssen in einflussigen Schulen mit nur einem Lehrer unterrichtet werden und wir haben noch lange nicht genug solcher Schulen. Dahin werden wir niemals kommen, mit Sicherheit die Zuschüsse nach dem Bedürfnis vertheilen zu können. Die sieben

Millionen, welche von den seitherigen Staatsbeiträgen zu Lehrerbefoldungen verwendet werden, bleiben neben diesem Gesetze nach wie vor bestehen und kommen nicht nur dem platten Lande, sondern auch den kleinen Städten zu Gute. Wir streiten uns heute um die Verwendung von Ueberschüssen; ich will wünschen, daß wir noch öfter solche Diskussionen führen. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge v. Holz und v. Zedlitz abgelehnt, die Vorschläge der Kommission zu Art. 1 in ihrem ganzen Umfange dagegen angenommen, der Zuschuß in Nr. 2 für eine ordentliche Lehrerin 250 Mark mit 146 gegen 140 Stimmen.

Art. II bestimmt: „Wo in Volksschulen für Kinder, welche innerhalb des Bezirks der von ihnen besuchten Schulen einheimisch sind, eine Erhebung von Schulgeld noch stattfindet, fällt dasselbe in demselben Betrage fort, um welchen gemäß der Vorschrift in Art. I. eine Erhöhung des aus der Staatskasse zu leistenden Beitrages zu dem Dienstentkommen der Lehrer eintritt.“ Das hier nach einzuweisen vom 1. April ab noch zulässige Schulgeld ist nach § 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 14. Juni 1888 erneut festzustellen.“ (Der gesperrt gedruckte Satz ist ein Zusatz der Kommission.)

Art. II wird angenommen, doch werden die darin enthaltenen Worte: „um welchen gemäß der Vorschrift“ bis „Dienstentkommen der Lehrer eintritt“ auf Antrag des Abgeordneten Wessel dahin geändert: um welchen in Folge der Einrichtung neuer Schulstellen in einem Schulverbande nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 14. Juni 1888 oder gemäß der Vorschrift in Art. I des gegenwärtigen Gesetzes eine Erhöhung des Staatsbeitrages bereits eingetreten ist, oder fortan eintritt.“

Art III und IV (Inkrafttreten des Gesetzes am 1. April 1889 und Ausführung desselben) werden ohne Diskussion erledigt, und ist die zweite Beratung damit beendet.

Der Gegenentwurf, betr. die Heranziehung der Fabriken u. s. w. mit Präzipualleistungen für den Wegebau in der Provinz Schlesien wird nach kurzer Diskussion in erster und zweiter Lesung erledigt, ebenso die Novelle zum Disziplinargesetz für nicht richterliche Beamte und der Gegenentwurf, betreffend die Erleichterung der Abveräußerung einzelner Theile von Grundstücken in der Provinz Hannover.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Kleinere Etats und Kultusetat.

Schluß 2 $\frac{3}{4}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 1. März. Kurz vor 5 Uhr begaben sich gestern Nachmittag der Kaiser und die Kaiserin nach der Garnisonkirche, um daselbst dem von der akademischen Hochschule für Musik veranstalteten geistlichen Konzert beizuwohnen, zu welchem auch die herzoglich holsteinischen Herrschaften anwesend waren. Abends entsprach der Kaiser einer Einladung des Fürsten Radolin zum Mittagessn. Nach seiner Rückkehr begrüßte der Kaiser im königlichen Schlosse den Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, welcher kurz zuvor eingetroffen war. Heute Vormittag unternahm der Kaiser eine Schlittenfahrt nach dem Tiergarten. Nachmittags wird der Kaiser einer Einladung des kommandirenden Generals des Gardekorps, v. Meerscheid-Hüllessem, zur Mittagstafel entsprechen.

Die Herzogin Paul von Medlenburg ist an den Folgen einer unglücklichen Entbindung schwer erkrankt. Professor Delahausen hat in der Nacht auf Donnerstag in seiner Privatklinik an der Herzogin einen schweren operativen Eingriff vornehmen müssen. Das Kind kam tot zur Welt. Die Operation an sich ist glücklich verlaufen, indessen geben die damit verbundenen Komplikationen nach Meldung des „Kl. Z.“ zu ernstern Befürchtungen Anlaß, da die Kräfte der Patientin schon durch ein vorhergegangenes Leiden stark in Mitleidenschaft gezogen waren. Die Herzogin Paul, geborene Prinzessin Marie zu Windisch-Grätz, geboren 11. Dezember 1856, ist

die Tochter des Fürsten Hugo zu Windisch-Grätz und der verstorbenen Fürstin Louise, geborenen Herzogin von Medlenburg-Schwerin. Erstere vermählte sich am 5. Mai 1881 mit dem Herzog Paul Friedrich von Medlenburg-Schwerin, dem ältesten Bruder des regierenden Großherzogs. Aus der Ehe sind 3 Kinder entsprossen.

Ueber das Befinden des Königs von Württemberg meldet der gestrige Hofbericht aus Stuttgart:

„Die katarrhalische Erkrankung hat bisher einen normalen Verlauf gezeigt. Die Symptome sind in allmählichem Rückgang begriffen, das Allgemeinbefinden wird durch den Katarrh kaum mehr beeinträchtigt. Nur die nervösen Beschwerden lassen die erhoffte Besserung, welche in früheren Jahren der Winteraufenthalt im Süden mit sich gebracht hat, bis jetzt nicht erkennen.“

Aus Kiel meldet der „Voss. Ztg.“ eine eigene Drahtnachricht, daß die Kreuzerfregatte „Moltke“ vom Schulgeschwader Befehl zur Rückkehr erhalten haben soll.

Wie man der „Berl. Ztg.“ aus Rom meldet, wird nächsten Sonntag auf der Station San Pier d'Arena ein Gedenkstein zur Erinnerung an das am 10. März 1888 dort stattgefundene Zusammentreffen Kaiser Friedrichs mit König Humbert enthüllt werden.

Nach dem „Truth“ hinterläßt Kronprinz Rudolf eine Schuldenlast von 400,000 Pfund gleich 8 Millionen Mark. Das Blatt, das Beziehungen zu englischen Hofkreisen haben soll, setzt hinzu: wo das Geld hingekommen ist, wisse Niemand. Ist die Meldung des „Truth“ richtig, so liegt die Vermuthung nicht allzufern, daß der unglückliche Erzherzog von schlecht gewähltem Umgang zum Spiel verleitet worden war. Nach derselben Quelle wären auch seine Juwelen verschwunden.

Dauzig, 27. Februar. Se. Majestät der Kaiser wird am 11. März gegen 11 Uhr Vormittags auf dem Legehor-Bahnhofe ankommen und nach kurzer Begrüßung direkt nach dem Bischofsberge fahren. Nach Beendigung des militärischen Festaktes auf dem Bischofsberge wird Se. Majestät im Ober-Präsidentenpalaste die Vertreter der Behörden und der Provinz empfangen. Die feierliche Speisung der Mannschaften des Jubilar-Regiments soll in der Bischofsberg-Kaserne und in der Loge Eugenia stattfinden. Auch dieser soll der Kaiser auf kurze Zeit beizuwohnen beabsichtigen. Darauf fährt der Kaiser durch die Langgasse zu dem Festmahl des Offizierskorps des Regiments Friedrich I. im Artushofe. Die Kaiserstafel wird aus drei Tischen bestehen und für 72 Personen Platz bieten. Nach dem Diner wird Se. Majestät sich wahrscheinlich direkt zum Bahnhofe begeben. Der Festvorstellung im Stadt-Theater, den „Nulzows“, wird der Kaiser voraussichtlich nicht mehr beizuwohnen. Die Arbeiten zur Ausschmückung der Straßen haben bereits begonnen. An der Spalierbildung auf der Feststraße werden sich voraussichtlich die Kriegervereine, das Arbeiterpersonal der königlichen und kaiserlichen Werkstätten, die hiesigen Gewerke und die Knabenschulen betheiligen.

Dauzig, 1. März. Die älteste hiesige Loge „Eugenia“ ist heute früh zum größten Theile niedergebrannt; der prachtvolle Festsaal ist völlig zerstört. Das Mobiliar ist zumeist gerettet.

Ungarn.

Wien, 28. Februar. Der ganze Hofstaat des Kronprinzen Rudolf ist heute aufgelöst worden. Nur ein geringer Theil der Bediensteten verbleibt in kaiserlicher Anstellung, die meisten werden pensionirt, jedoch vom Kaiser gut versorgt, darunter der Kammerdiener Loschek.

Wien, 28. Februar. Ueber das Rundschreiben der Stadtvertretung von Rad gegen das Wehrgesetz gingen die Stadtvertretungen von Pest, Maria-Theresienopol und Zombor durch Beschluß zur Tagesordnung über. Segedin und andere Städte beschloßen eine Erklärung für die Regierung.

An Döllinger ging folgendes Telegramm ab: „Dem unerschrockenen Vorkämpfer für Geistes- und Gewissensfreiheit, dem erlauchtesten deutschen Patrioten, dem Rektor der deutschen Geschichtsforscher senden einen verehrungsvollen

Glückwunsch die Mitglieder der deutschen Linken." Das Telegramm ist von 52 Abgeordneten unterzeichnet.

Aus Belgrader unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Lösung der serbischen Ministerkrise am 6. März, als dem Jahrestage der Proklamirung Serbiens zum Königreich, erfolgen wird. Die letzte Versammlung des Belgrader radikalen Zentral-Ausschusses beschloß, 500 Ortskomitees zu errichten und zugleich 200,000 Frks. aufzubringen, wozu die Belgrader Radikalen bereits namhafte Beträge zeichnen. Der frühere hiesige Gesandte Boghievitch nahm den römischen Posten. Hier traf von Belgrad kommend der Berliner Gesandte Milan Christitsch ein.

Zum offiziellen Vertreter Bulgariens in Rom soll Stollow in Aussicht genommen sein.

Paris, 28. Februar. Es ist stark die Rede von bedeutenden Veränderungen, die Gonstans im Beamtenpersonal vornehmen werde. Dem „XIX. Siècle“ zufolge soll der Direktor der öffentlichen Sicherheit im Ministerium des Innern, Gragnon, abgesetzt und der Polizeipräsident Loze, der jedoch eine andere Stelle erhalten soll, durch einen bekannten Journalisten ersetzt werden. Außerdem ist die Absetzung von rund 20 Präfekten, darunter Siffert Schneider in Lille, im Werke. Auch soll Michaud, der Generalgouverneur von Tongking, schon wieder einen Nachfolger erhalten. Tirard erklärte heute bei Vorstellung des höhern Personals seiner Beamten, die Regierung werde pflichtgetreue Beamte schätzen, aber jedes Versehen streng ahnden. Ueber der Verwaltung der Kolonien schwebt noch Ungewissheit, da der neue Marineminister Jaurès dieselben wieder wie früher dem arminemister zugetheilt wissen will, während andererseits ein besonderes Kolonialministerium verlangt wird. Dem heute verbreiteten Gerücht von einer neuen bedeutenden Niederlage der Franzosen in Tongking wird als „unwahrscheinlich“ und „aus der Luft gegriffen“ vom „Temps“ widersprochen.

In der Donnerstagssitzung wird Andrieux die Regierung interpelliren und fragen, wie es mit den fortwährenden Angriffen der Chinesen beschaffen sei. Diese Interpellation wurde auf einen Monat vertagt und durch die Kabinettskrise weiter hinausgeschoben. Man hätte die Interpellation gern erledigt, aber Andrieux ließ nicht locker, und so wird sie am Donnerstag gehalten werden. Das Kabinet Tirard ist ganz aus Tongkingleuten zusammengesetzt, und diese werden leugnen, was sie können. Es ist daher wahrscheinlich, daß die Interpellation Andrieux die Sache weder klären noch bessern wird; aber es ist außer Frage, daß die Tongkingangelegenheit bei den allgemeinen Wahlen eine Rolle spielen wird. Die heutige Kammer wird wahrscheinlich nur diesmal noch Gelegenheit haben, sich über Tongking vernahmen zu lassen.

Der „Gaulois“ meldet die Ausweisung des Berichters der „Agentur Havas“, Gillou, aus Wien wegen der von ihm über den Tod der Baroness Beffera veröffentlichten Artikel. Es ist das der nämliche Berichtersatter, der die Briefe des „Matin“ über den Tod des Kronprinzen Rudolf schrieb.

Paris, 28. Februar. Die Patriotenliga nahm gestern Abend folgende Tagesordnung an: „Der leitende Ausschuss, welcher im Namen von zweihunderttausend Brüdern Frankreichs redet und handelt, erhebt mit Entrüstung Einspruch gegen das unerhörte Verfahren der parlamentarischen Regierung, tadelnd durch alle Patrioten, daß dieselbe keinen Abstand genommen, russisches Blut durch französische Hände zu vergießen, und sendet der großen befreundeten Nation den Ausdruck der herzlichsten Trauer, des aufrichtigen Bedauerns und der brüderlichen Theilnahme. Das Komitee eröffnete sofort eine Geldzeichnung zu Gunsten der Familien, welche Todte und Verwundete haben, und die Liga selbst zeichnete 1000 Franken. Es leben Frankreich und Russland hoch! Für den leitenden Ausschuss der 20 Ausschüsse in Paris und der 80 Ausschüsse in der Provinz: Deroulede, Laguerre, Richaud.“

Der Londoner Berichtersatter der „Republique Française“, der, wie diese bemerkt, in der Lage ist, gut unterrichtet sein zu können, meldet, daß in Folge des Besuchs von Arthur Meyer vom „Gaulois“ der Graf von Paris beschlossen hat, daß „Graf“ Dillon fortan dem in Paris befindlichen konservativen Zentralkomitee, welches die Angelegenheit der Drankisten leitet, zugeheilt werde; Baron Macdonald habe hinstig dagegen Einspruch erhoben, der Graf von Paris aber denselben nicht weiter beachtet. Diese Maßregel stehe mit der Ernennung des Senators Vacher zum Generaldeputirten des Grafen von Paris an Lambert Sainte-Croix' Stelle in Beziehung, der sich geweigert habe, länger das Einvernehmen mit den Boulangisten aufrecht zu erhalten, und desgleichen von der Ersetzung Ferdinand Duval, des Antiboulangisten, als Direktors der „Petite Presse“. Diese Veränderungen sind ein Beweis, daß der Graf von Paris sich immer tiefer mit Boulangier einläßt und selbst Rathschläge von Männern wie Macdonald und Lambert Sainte-Croix in den Wind schlägt.

Die Deputirten Laguerre und Laisant wurden verhaftet, weil dieselben sich mit Gewalt der in den Bureaus der Patriotenliga angeordneten Hausdurchsuchung widersetzen wollten. Da dieselben sich eines flagranten Falles von Widersetzlichkeit schuldig machten, so wurden sie durch ihre Unverletzlichkeit als Abgeordnete nicht geschützt.

Petersburg, 28. Februar. In dem Prozesse

gegen die vier Pastoren aus den russischen Ostsee-Provinzen, welche angeklagt waren, dem Geleise entgegen, dem orthodoxen Bekenntnis Angehörige nach lutherisch evangelischem Ritus getraut zu haben, verurtheilte der Senat drei derselben zu viermonatlicher Entfernung vom Amte, den vierten, Sokolowski zu einjährigem Gefängnis und kassirte die Urtheile.

Christiania, 22. Februar. Staatsrath Liefsöl hat sein Abschiedsgesuch eingereicht, weil er sich zur Schulgesetzbildung nicht stellen kann.

Auf die Anfrage des Abgeordneten Berner im Storting, ob das Ministerium glaube, das zur Führung einer parlamentarischen Regierung nöthige Vertrauen bei der Mehrheit des Storthings noch zu besitzen, hat der Ministerpräsident Everdrup geantwortet, daß das Interesse des Landes nach Ansicht des Ministeriums es verbiete, auf die Beantwortung einzugehen. Berner hat darauf beantragt, das Storting wolle das Ministerium auffordern, es möge dem Könige empfehlen, die Leitung des Landes andern Händen anzuvertrauen. Berner gehört der linken Partei an.

Stockholm, 24. Februar. Beide Kammern des Reichstags haben in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Staatsausschusses den Regierungsantrag wegen Umbildung der Kavallerie abgelehnt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 2. März. Nach den Bestimmungen des Jagdschön-Gesetzes vom 26. Februar 1870 dürfen im Monat März geschossen werden: Auer-, Birk- und Fasanen-Hähne, Enten, Trappen, Schnepfen, Sumpf- und Wasservögel. Dagegen ist alles übrige Wild, für welches das Jagdschön-Gesetz die Schonzeiten festsetzt, in diesem Monat mit der Jagd zu versehen.

In Wolff's Saal veranstaltet am morgigen Sonntag Herr Janke eine große humoristische Soiree, zu welcher das hier auf das vortheilhafteste bekannte beliebte „Stettiner Quartett“ seine Mitwirkung zugesagt hat. Dasselbe besteht bekanntlich aus hiesigen gefanglich gut geschulten Kräften. Ferner werden einige der beliebtesten hiesigen Dilettanten mitwirken, so daß eine heitere, abwechslungsreiche Abendunterhaltung in Aussicht steht. — Im Saale der „Bilharmonie“ findet heute wiederum eine Soiree der Leipziger Sänger unter R. Engelhardt's Direction statt.

Dem Provinzial-Steuer-Direktor, Geh. Finanz-Rath Mersmann zu Posen, ist die Stelle des Provinzial-Steuer-Direktors für die Provinz Pommern hieselbst verliehen.

Der Regierungs- und Medizinal-Rath bei der königl. Regierung hieselbst, Dr. Dietrich, ist in gleicher Eigenschaft an die königl. Regierung nach Posen, und der Regierungs- und Medizinal-Rath bei der königl. Regierung zu Arnberg, Dr. Katerbau, in gleicher Eigenschaft an die königl. Regierung hieselbst versetzt.

Eine interessante Anklage wegen Uebertretung des Nahrungsmittelgesetzes kam in der Donnerstag-Sitzung der Strafkammer 1 des hiesigen Landgerichts zur Verhandlung. Am 6. September v. J. wurde bei dem Schlächtermeister A. ein 18 Pfund schweres Stück Rindfleisch, welches ein schmieriges Aussehen hatte und überliefend war, mit Beschlag belegt und dessen Vernichtung angeordnet. Gegen A. wurde Anklage wegen wissentlichen Verlaufs gesundheitsgefährlichen Fleisches erhoben. In dem am Donnerstag deshalb anstehenden Termin erklärte der Sachverständige, Herr Veterinär-Meister Müller, das Fleisch habe schon auf weite Entfernung übel gerochen, außerdem habe dasselbe eine dicke Schmierkruste gehabt, ein Zeichen, daß bereits ein Fäulnisprozeß begonnen habe; es sei kein Zweifel, daß der Genuß solchen Fleisches für die menschliche Gesundheit schädlich sei. — Entgegengesetzt lautete das Gutachten des zweiten Sachverständigen, Herrn Schlächtermeister Lüdtke, derselbe führte an, daß es dringend nöthig sei, daß Rindfleisch mehrere Tage hängen müsse, wenn es zum Braten oder Füllen geeignet werden solle. Es sei unvermeidlich, daß das Fleisch dabei ein schmieriges Aussehen erhalte, oft bilde sich auch eine überliefende schmierige Kruste, aber deshalb sei das Fleisch nicht als verdorben oder gesundheitsgefährlich zu betrachten, denn man brauche nur die Schmierkruste zu entfernen, so werde man das schönste Bratenfleisch darunter finden. Der Gerichtshof trat der Ansicht des letztgenannten Sachverständigen bei und erkannte auf Freisprechung.

In den Kreisen der Gerichtsvollzieher regt sich eine lebhafteste Agitation, welche darauf abzielt, daß der Gebührensatz für Wechselproteste erhöht und wenigstens annähernd demjenigen der Notare gleichgestellt werde. Die letzteren berechnen diesen Satz bekanntlich nach der Höhe des Objekts und erhalten außerdem für jeden Weg, den sie in der Protestangelegenheit zu dem Acceptanten und dem Notabesitzer zu machen haben, eine Gebühr von 2 resp. 1 Mk., während der Gerichtsvollzieher für die Erhebung des Protestes, unbeschadet der Höhe der Wechselsumme, eine Gebühr von 1 Mk. 50 Pfg. erhält. Wenn man nun auch seitens einschlägiger Gerichtsvollzieher in dieser Sache keine finanzielle Gleichstellung mit den Notaren verlangt, so hofft man doch, daß die Protestgebühren denen bei der Pfändung — die je nach der Höhe des Objekts zwischen 1—6 Mark differiren — gleichgestellt werden.

In der letzten Zeit sind bei der königl. Polizei-Direktion als gefunden angemeldet:

1 Taube — 1 Damenpelztragen — 1 Damenhemde — 2 Hühner — 2 Sophas — 1 Portemonnaie mit Inhalt — Schlüsseln — 2 Handarbeiten — 1 Perbedecke — 1 Damen-Siegelring — 1 Herrenhut — Taschentücher — 1 Gummischuh — Armbänder — 1 Offizier-Deget — 1 Häflesack — 1 Ohrenzange — 1 Paar Stiefel — 1 Unterhose — 2 Paar Socken — 1 Siegelring — 1 Laterne — Maschinengarn und Rolle — 1 Pfund Butter — 1 Kanarienvogel — 1 eiserne Stange — 1 Damenstrawatte mit Nadel — 1 Kinder-Gummischuh — 3 Pfandscheine — 2 Schienen — Geldstücke — 1 Schraubenzieher — 1 Taschmesser — 1 Trauring — 1 Gartenstuhl — 1 Regenschirm — 1 Gesangbuch — 2 Medaillons — 2 Hunde — 1 Spazierstock — 1 Handschuh — 1 Milchkanne und Milchmaß — 1 Pincenez — 1 Handsefemer — 1 Medaille. — Die Verlierer werden hiermit aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Eigenthumsrechte binnen drei Monaten zu melden.

Landgericht. Strafkammer 3. — Sitzung vom 1. März. — Heute stand wiederum ein Preßprozeß zur Verhandlung und zwar war es der verantwortliche Redakteur unseres Blattes, welcher sich wegen Beleidigung zu verantworten hatte. Die ganze Sache war überaus harmlos. Im Oktober v. J. befand sich im „Stettiner Tageblatt“ ein humoristisch gehaltener Artikel aus der Provinz, in welchem einige Vorurtheile in einer kleinen vorpommerschen Stadt geschildert waren; so wurde erzählt, daß der Standesbeamte eines Tages ganz und gar vergessen hatte, daß er die Eheschließung eines Paares vorzunehmen hatte und daß er erst durch das Geläute der Glocken daran erinnert sei, die bereits zur kirchlichen Trauung riefen; weiter war mitgetheilt, daß an einer Allee eine Warnung angebracht gewesen sei, nach welcher das Abschlagen und Abspülen von Zweigen und Blättern verboten sei, aber diese Warnung sei von der Familie des Bürgermeisters selbst nicht beachtet worden. Der Bürgermeister von Penkun, Herr Ernecke-Höfs, fühlte sich durch den Artikel beleidigt und stellte Strafantrag, in Folge dessen sich heute unser Redakteur W. Sievers wegen Beleidigung zu verantworten hatte. Derselbe erbot sich, für die in dem Artikel angeführten Thatfachen den Beweis der Wahrheit anzutreten; ein solcher Beweis war aber nicht nöthig, denn der als Zeuge geladene Bürgermeister von Penkun gab den Fall betreffs der verspäteten standesamtlichen Eheschließung selbst zu und den zweiten Fall stellte er so dar, daß seine Frau zwar nach einem Baum der betreffenden Allee mit ihrem Schirm geschlagen habe, aber nicht in böser Absicht, sondern nur um ihrem Sohne einige Kastanien abzuschlagen. Troßdem hielt der Vertreter der Staatsanwaltschaft die Beleidigung für so erheblich, daß er eine Geldstrafe von 100 Mark beantragte. Der Gerichtshof war jedoch anderer Ansicht, derselbe hielt die einzelnen in dem Artikel mitgetheilten Thatfachen nicht geeignet zu einer Verurtheilung, aber die Fassung des ganzen Artikels lasse erkennen, daß der Bürgermeister lächerlich gemacht werden solle. Deshalb sei eine Verurtheilung anzuspochen, doch schiene dieselbe mit 10 Mark Geldstrafe event. 2 Tagen Haft genügt.

Aus den Provinzen.

3 Bülow, 28. Februar. Seitens des Ausschusses des Darlehnskassenvereins hieselbst ist eine Generalversammlung der Mitglieder auf Sonnabend, den 16. März cr., im Hoffmann'schen Saale anberaumt. Zur Tagesordnung gelangen folgende Punkte: Vorlegung der Jahresrechnung pro 1888 und Ertheilung der Decharge; Festsetzung der Höhe der Dividende und des Beitrages zum Reservefonds; Gewährung einer Remuneration an die Vorstandsmitglieder; Genehmigung zur Umwandlung einer Wechselschuld von 1942,61 Mark in eine Grundschuld auf Zinsen von 31; Wahl resp. Wiederwahl zweier Ausschussmitglieder in Stelle der Herren Scharmann und Alosa; Wahl eines Ausschussmitgliedes in Stelle des Herrn Menard bis Ende Dezember v. J. Nach der Jahresrechnung pro 1888 beträgt das Kassenkonto 1,420,346,66 Mark, die Spareinlage 303,857,18 Mark, das Guthaben der Mitglieder 69,270,99 Mark, der Reservefond 28,013,26 Mark. Auf Wechsel sind im verfloßenen Jahre ausgeteilt 1,287,962,50 Mark, davon sind zurückgezahlt 1,256,916,89 Mark. Das Betriebskapital des Vereins beträgt 425,591,43 Mark. Die Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1889 betrug 435. — Gestern fand in der Drischast Gr. Tuchen, Kreis Bülow, die Einweihung der neu erbauten Kirche statt. Außer der Geistlichkeit des Kreises war der Herr General-Superintendent sowie die Vertreter der Regierung erschienen. Der Herr General-Superintendent hielt die Einweihungsrede; den kirchlichen Gesang leiteten die Seminaristen des hiesigen königlichen Seminars. Nach beendeter Kirchenfeier fand ein gemeinsames Diner stand. — Das Gefangenenkonzert des hiesigen Männergesangsvereins findet am 10. März cr. im Gerth'schen Saale statt. Der Reinertrag soll zu wohltätigen Zwecken verwendet werden. Das Programm der vorzutragenden Lieder ist sehr reichhaltig gewählt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Volkstümliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen (Parquet 1 Mark u.). „Die Bluthochzeit.“

Bermischte Nachrichten.

Posen, 1. März. Der Raubmörder Lange, welcher im vorigen Jahre den sechzigjährigen Kaufmann Strick in Tremsen ermordet und beraubt hat, ist in Amerika verhaftet, über den Ocean gebracht und gestern ins Gefängnis zu Gnesen abgeliefert.

Königsbütte, 26. Februar. Am Sonnabend wurden, wie dem „Dberischl. Anz.“ berichtet wird, in unserer Umgegend die ersten Rübize bemerkt.

Wien, 1. März. (Raubmordversuch gegen einen Geldbriefträger.) Heute Vormittag versuchten zwei Burschen in einem Hause der Schönlaterngasse in der inneren Stadt einen Ueberfall auf einen Geldbriefträger, warfen ihm Sand in die Augen und wollten ihn berauben. Der Briefträger wehrte sich gegen die Attentäter, welche ohne Beute die Flucht ergriffen und auf der Straße verhaftet wurden. — Nach einer weiteren Meldung aus Wien war der Raubanfall ein planmäßig vorbereiteter. Der Ueberfall auf den Briefträger erfolgte in einem Zimmer, die beiden Burschen hatten sich einen fingierten Geldbrief besorgen lassen; sie stürzten beim Erscheinen des Briefträgers sofort auf ihn und streuten ihm Paprika (rothen Pfeffer) in die Augen. Zwischen dem Briefträger und den Burschen fand dann ein längeres Ringen statt. Der Briefträger blieb Sieger. Die Burschen befanden sich bereits im polizeilichen Gewahrsam. Die Untersuchung des Vorfalls hat begonnen.

(Reiseverbindung mit Schweden.) In dänischen Blättern zeigt man sich sehr besorgt über ein schwedisches Fahrplanprojekt, nach welchem allerdings der ganze deutsch-schwedische Verkehrstrom mit völliger Umgehung Dänemarks nach Schweden und Norwegen hinausgeleitet werden würde. Die geplante Route knüpft an die vom deutschen Reichstag bewilligten Sächsischen Hafenbauten an und wird, wenn der Sächsischen Hafen fertig gestellt ist, für eine direkte Verbindung zwischen Stockholm und Berlin über Rügen eine Fahrzeit von nur 24 Stunden 51 Minuten beanspruchen gegen 47 Stunden 30 Minuten der Stockholm-Kopenhagen-Giedler Route. Da auch schnellere schwedische Dampfer zwischen Malmö und Warnemünde eingelegt werden sollen, als die bisherigen, so wird man demnächst von Stockholm nach Hamburg über Malmö—Warnemünde in 25 Stunden 19 Minuten reisen können, während man über Malmö—Lübeck 36 Stunden 20 Minuten und über Kopenhagen—Korsör bisher 34 Stunden 48 Minuten brauchen mußte, ganz abgesehen von einem mehrstündigen Aufenthalte in Kopenhagen.

(Begründete Furcht.) „Gott sei Dank, lieber Mann, jetzt haben wir uns doch auch einmal wieder satt gegessen!“ — „Um Gotteswillen, Weib, sei still, dort kommt der Steuer-einschäfer!“

Bankwesen.

(Rechte Ober-User-Eisenbahn 4 pCt. Prioritäten.) Die nächste Ziehung findet im März statt. Gegen den Kursverlust von ca. 5 pCt. bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, französische Strafe 13, die Versicherung für eine Prämie von 7 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 1. März. Der ehemalige Obersthofmeister des Kronprinzen Rudolf, Graf Bombelles, ist unter Verleihung des Großkreuzes des Leopold-Ordens in den Ruhestand versetzt worden.

Wien, 1. März. Nach dem Armeeverordnungsblatt hat der Kaiser den Korpskommandanten des 2. Korps, Feldzeugmeister Ritter Frhrn. v. König, mit den Geschäften des General-Infanterie Inspektors betraut.

Paris, 28. Februar. Die Nachricht von der Verhaftung der Deputirten Laisant und Laguerre bestätigt sich nicht.

Paris, 1. März. Der Ausschuss der Patriotenliga und die Vorsitzenden der Abtheilungen unterzeichneten eine Erklärung, in welcher sie gegen die willkürlichen Maßregeln gegenüber der Liga protestiren und für deren Daseinsberechtigung eintreten. Die „Republique française“ führt aus, daß die Patriotenliga nicht aufgelöst worden sei; daß dieselbe lediglich auf Grund einer Genehmigung der Polizeipräfektur bestude und daß sie der Beobachtung ihrer Statuten unterworfen sei. Da diese letzteren übertritten worden, so habe die Polizeipräfektur die Genehmigung zurückgenommen. Die Liga könne daher gesetzmäßig keine Sitzungen mehr abhalten.

Die Hausdurchsuchungen wurden gestern Abend 8 Uhr abgebrochen und werden heute fortgesetzt werden. Gestern Abend ereignete sich kein hierauf bezüglicher Zwischenfall.

Die republikanischen Blätter billigen einstimmig die von der Regierung ergriffenen Maßregeln, auch die konservativen Zeitungen erkennen deren Gesetzmäßigkeit an.

London, 1. März. Sir Julien Pauncefote ist zum britischen Gesandten in Washington ernannt und Sir Philipp Currie an Stelle Pauncefote's zum ständigen Unterstaats-Sekretär im auswärtigen Amt ernannt worden.

Wasserstand.

Oder bei Breslau, 28. Februar, 12 Uhr Mittags, Unterpegel — 0,27 Meter. — Warthe bei Posen, 28. Februar, Mittags, 2,00 Meter.